

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

7. Jahrgang.

Sonntag, 27. Feber 1927.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährlich 90.—
jährlich 162.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich 10 Uhr

Nr. 49.

Genossen und Genossinnen!

Der Parteivorstand der Deutschen sozialdemo-
kratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen
Republik beruft für die Zeit vom

7. bis 9. Mai 1927

den

Parteitag

ein. Die Beratungen beginnen am Sonntag, den
7. Mai um 10 Uhr vormittags im
Reptun-Saal in Teplih-Schönau.

provisorische Tagesordnung

- schlägt der Parteivorstand vor:
1. Konstituierung des Parteitages:
 - a) Wahl des Präsidiums,
 - b) Festsetzung der Geschäftsordnung und der Tagesordnung,
 - c) Wahl einer Mandatsprüfungs- und einer Vorschlagskommission.
 2. Berichte:
 - a) des Parteivorstandes,
 - b) des Parteisekretärs,
 - c) der Kontrolle.
 3. Die politische und wirtschaftliche Lage.
 4. Die Erziehung des sozialistischen Kaderwachses.
 5. Erhöhung des Parteibeitrages.
 6. Änderungen des Organisationsstatutes.
 7. Wahl des Parteivorstandes, der Parteikontrolle und der Beratungsgörperschaften.
 8. Allgemeines.

Ueber das

Delegationsrecht zum Parteitag

bestimmt der § 23 des Organisationsstatutes fol-
gendes:

Zur Teilnahme am Parteitage sind berechtigt:

1. a) Je drei Delegierte jeder Bezirksorganisa-
tion. Bezirksorganisationen deren durchschnittlicher
Markenumsatz für männliche und weibliche Partei-
mitglieder pro Monat mehr als 3000 Stück beträgt,
haben das Recht für jedes weitere 1000 einen Dele-
gierten zu entsenden. Bezirksstellen über 500 werden
als voll gezählt.
- b) Je ein Delegierter jeder Sozialorganisation,
deren durchschnittlicher Markenumsatz für männliche
und weibliche Parteimitglieder pro Monat mehr als
300 Stück beträgt; für je weitere 300 Mitglieder
hat die Sozialorganisation Anspruch auf einen wei-
teren Delegierten, bis zur Höchstzahl von drei
Delegierten.
- c) Die Grundlage für die Berechnung der Zahl
der Delegierten bildet der Markenumsatz im Ge-
schäftsjahr, über das am Parteitag berichtet wird.
- d) Bei außerordentlichen Parteitagen gilt als
Grundlage der Berechnung das letzte abgeschlossene
Geschäftsjahr.
- e) Die Wahl der Delegierten erfolgt in Bezirks-
konferenzen und, soweit die Vertreter der Sozial-
organisationen in Betracht kommen, in Vollversammlun-
gen. Das Wahlverfahren wird durch die Statuten der
betreffenden Organisation geregelt. In diesen
Statuten muß auf eine entsprechende Bestimmung des
Parteitages durch weibliche Parteimitglieder Rück-
sicht genommen werden.
2. Je drei Delegierte jeder Kreisorganisation.
Das Wahlverfahren wird durch die Statuten der be-
treffenden Organisation geregelt.
3. Die Mitglieder des Parteivorstandes, der
Kontrolle und der Sekretäre des Parteivorstandes.
4. Vier Delegierte des Rates der Abgeordneten
und zwei Delegierte des Rates der Senatoren der
Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei.
5. Zwei Delegierte des Frauenreichskomitees.
6. Zwei Delegierte des sozialistischen Jugendver-
bandes.
7. Je ein Delegierter der von einem Parteitag
eingeleiteten Körperschaften und des Reichsvereines
der Kinderfreunde.
8. Je ein Delegierter der Redaktionen der vom
Parteitag anerkannten Parteiblätter.
9. Zwei Delegierte der Zentralgewerkschafts-
kommission.
10. Je ein Delegierter der der Zentralgewerks-
chaftskommission angeschlossenen Zentralverbände
und ihrer Fachblätter.

Briand über die Rheinlandsräumung.

„Nichts Abnormales“, daß die Deutschen die Freiheit ihres Bodens fordern.

Paris, 26. Feber. Briand hat dem „Beth-
Pariser“ über die französische Politik gegenüber
Deutschland Erklärungen abgegeben, in denen er
u. a. ausführt:

Die Friedenspolitik soll nicht nur zwischen
Deutschland und Frankreich alle Konfliktsgefahren
beseitigen, sondern sie will auch durch politische
und wirtschaftliche Abkommen die beiden Länder
so eng und dauerhaft wie möglich einander näher
bringen. Die in dieser Richtung erzielten Erfolge
sind schon sehr beachtenswert; seit Locarno
sei der Versailler Vertrag eine freiwillig zuge-
standene Umarmung geworden, der durch das ge-
samte Deutschland angenommen worden ist; er
stellt die freiwillig übernommene Verpflichtung
dar, die Rheingrenze zu respektieren und
Einfuhr-Einsparungen endgültig als französisches Land
anzuerkennen.

Ich weiß, erklärte Briand, daß man auf
die polnische Grenze

hinweisen wird und daß nach dieser Seite eine Ge-
fahr vorhanden ist. Immerhin hat sich das
Deutsche Reich in Locarno verpflichtet, keine Ab-
änderung dieser Grenzen durch Gewalt zu ver-
suchen. Daß Deutschland sich entschlossen habe, sich
dem Westen zuzuwenden, und in einer Verständi-
gung mit Frankreich kein wirkliches Interesse
sieht, darin sieht Briand

eine entscheidende Wandlung von ungeheurer
Tragweite,

das sich in Locarno vollzogen hat.

Ueber die deutsche Kampagne für die vor-
zeitige Räumung des Rheinlandes
erklärte Briand: Was bedeutet das? Ist es etwas
Abnormales, daß die Deutschen die Freiheit ihres
Bodens fordern? Würden wir nicht das Gleiche
tun? Die vorzeitige Räumung des Rheinlandes
sei in Thoiry nicht behandelt worden; sie sei doch
eine internationale Angelegenheit; die den drei
interessierten Mächten zu listen
Garantien seien außerordentlich schwierig durch-
zuführen.

Gegenüber dem neuen Kabinett Marx sei es
das beste, keine Handlungen abzuwarten, eine Ein-
sicht heische aber schon, daß nämlich die Deutsch-
nationalen die Regierungserklärung unterschrieben
und damit zum erstenmal den Verzicht auf
die Idee der Revanche ausgesprochen
haben.

Im übrigen, schloß Briand, solle man nicht
über die Reorganisation der deutschen Ostgrenzen
flagen, sondern das französische Meer und seine
eigenen Grenzen organisieren; dabei dürfe man
nicht den Friedensgedanken außeracht lassen, dem
man dann ohne Furcht und Schwäche alle An-
forderungen widmen könne.

Ein neuer Arbeitszeitentwurf in Deutschland.

Nur geringes Entgegenkommen gegenüber den
Forderungen der Gewerkschaften.

Berlin, 26. Feber. (Ebenbericht.) Das Reichs-
arbeitsministerium hat jetzt dem Reichsrat den
Gesetzentwurf zur Abänderung der Ar-
beitszeitverordnung zugehen lassen. Dar-
nach soll jetzt nur eine solche Arbeitszeit zugelas-
sen werden, die im Tarifvertrag zugelassen ist.
Wenn aus allgemeinen wirtschaftlichen Gründen eine
Mehrarbeit zugelassen wird, dann sollen die
Arbeitsstunden mit einem 20prozentigen Lohnauf-
schlag honoriert werden; auch mit den Ueberstunden
soll die Arbeitszeit täglich nicht zehn
Stunden überschreiten.

11. Zwei Delegierte des Verbandes Deutscher
Wirtschaftsgenossenschaften.
12. Ein Delegierter des Zentralverbandes der
Deutschen Wirtschaftsgenossenschaften.
13. Ein Vertreter der Arbeiterorganisationen.
14. Die vom Parteivorstand bestimmten Re-
ferenten.

Zugelassen sind nur solche Delegierte, die in den
Punkten 9 bis 13 genannten Organisationen, die
Parteimitglieder sind.

Die Vertreter der in den Punkten 8, 10 und 12
genannten Mächte, sowie die in dem Punkte 14
Genannten haben bloß beratende Stimme.

Jene Abgeordneten und Senatoren, die nicht
Delegierte des Parteitages sind, haben die Pflicht,
am Parteitag mit beratender Stimme teilzunehmen.

Gemäß § 23 des Organisationsstatutes müssen
selbständige Anträge der Parteimitglieder mindestens
drei Wochen vor dem Parteitage dem Parteivorstande
schriftlich überreicht werden. Der Parteivorstand
muß diese Anträge, ebenso wie die von ihm selbst
gestellten Anträge, vor dem Parteitag des Partei-
tages verlesen lassen.

Nach § 31 können Änderungen des Organisa-
tionsstatutes und der Höhe der Mitgliedsbeiträge
nur auf einem vom Parteivorstand gestellten oder
von einer Organisation bei ihm mindestens 8 Wochen
vor dem Parteitage einzuwenden, Antrag vorzulegen
werden. Solche Anträge sind mindestens vier
Wochen vor dem Parteitage bekanntzugeben.

Die Anmeldung der Delegierten hat bei dem
Parteisekretär, Prag II., Refejantska 18, zu er-
folgen; die Wohnung wird beim Kreissekretär in
Teplih-Schönau, Theresienstraße 18, angefordert.

Prag, am 25. Feber 1927.

Mit Parteigruß:

Blainn Janny, Karlsbad; Dr. Ezech Ludwig,
Prag; Dr. Ezech Jindrich, Prag; Dr. Heller
Carl, Teplih; Hofbauer Josef, Prag; Jank
Benj., Prag; Jank Danis, Troppau; Kögler
Franz, Bodenbach; Kriemler Friedrich, Teplih;
Kriemler Wilhelm, Prag; Paul Efr., Prag;
Pohl Adolf, Teplih; Polak Leopold, Kuffitz;
Schaffer Gusti, Karlsbad; Schäfer Wl., Re-
ichenberg; Schöckel El. Hieronymus, Sternberg;
Schweichhart Josef, Bodenbach; de Witt
Eugen, Karlsbad.

Auf dem Wege zu Verwaltungsjurrogaten.

I. Die Lahmlegung der Tätigkeit der
autonomen Verwaltung.

Von Franz Köppler.

Die autonome Verwaltung wird durch die
tschechischen Machthaber des gegenwärtigen
Augenblicks entsetzt, allerdings beson-
ders gründlich in dem Sinne, daß die Ma-
chthaber alle aus dem alten Oesterreich über den
Umsturz herübergeleiteten Freiheiten der Ge-
meinden und Bezirke beseitigen.

Diese Freiheiten sind nichts zufälliges, son-
dern ein Produkt der Entwicklung und der
Erfahrungen, denen gegenüber noch 1919 die
Aufsicht in der Tschechoslowakischen Republik
maßgebend war, man müsse die gesamte Be-
wältigung dieser Freiheiten und Rechte teil-
haftig werden lassen. Nur diesem Zwecke diene
das allgemeine Wahlrecht in die Gemeindever-
waltungen, das 1919 Gesetz wurde. Die Ar-
beiter gingen mit den größten Hoffnungen in
die autonomen Verwaltungsgörperschaften und er-
hofften sich in ihnen ein reiches
Betätigungsfeld, auf dem sie
wirtschaftlich, sozial und kultu-
rell viel Neues schaffen laße. Die
Rückständigkeit der kommunalen Verwaltung
war nicht zu leugnen. Es gab sogar bürgerliche
Elemente, die zugeben mußten, daß die Selbst-
verwaltungsgörperschaften vorwiegend aus dem Krieg
am meisten aber durch ihre Geldlosigkeit zurück-
geblieben waren und der Erneuerung bedürftig.
Es gab außerordentlich viel nachzuholen. Für
die Arbeiterklasse war der Augenblick gekommen,
selbständiges Handeln auszuüben. Tatsäch-
lich geschah auch von 1919 bis 1923 relativ
viel. Es wurden Wohnungen gebaut, Licht- und
Wassererzeugung verbessert, die sozialen Ein-
richtungen, vor allem Armenfürsorge, Kinder-
fürsorge usw. ausgebaut und hierin an-
sehnliche Leistungen vollbracht. Daß sich sehr
bald die Grenze für diesen Betätigungswillen
in der Finanzkraft der Selbstverwaltungsgörpers-
chaften zeigte, schaffte die Tatsache nicht aus der Welt,
daß die Arbeiter nach dem Jahre 1919 deutlich
demonstriert erhielten, daß auch eine ver-
hältnismäßig kleine Gemeinde,
ein verhältnismäßig kleiner Be-
zirk ganz beachtenswerte Verwal-
tungsleistungen im unmittel-
baren Interesse der Arbeiter er-
zielen kann. Damit ist das Bewußtsein
verschärft worden, daß die autonomen Verwal-
tungsgörperschaften ein höchwertes Instrument des
Fortschritts zum Schutze der Klassen, aber auch
zum Kampfe derselben bilden.

Die aus dem alten Oesterreich stammenden
Freiheiten der Kommunalverwaltung
waren ausreichend genug, daß sich der soziale
Betätigungswille der Bevölkerung ganz rüh-
mlich auswirken konnte. Die Grenzen, die ge-
setzt wurden, zog der Staat. Dieses Bewußt-
sein gereicht ihm aber durchaus nicht zur Ehre, die
Konstruktionsfähigkeit der bürgerlichen Klasse
betont sich hier durchaus nicht auf der Höhe.
Der tschechischen Bourgeoisie war es nach der
Schaffung des jungen Staates wohl auch nicht
darum zu tun, die Elemente der Demokratie
bis hinein in die Gemeinden dauernd zu ver-
drängen, sondern die Wirtschaft zu erobern, den
Einfluß der fremden Ausbeutung zu beseitigen
und an ihr Stelle die tschechische zu setzen.
Bei diesem Machtkampfe blieb für die Re-
gestaltung der demokratischen Gemeindeverwal-
tung weder Zeit noch Interesse. Sie rührte an
diesem Problem überhaupt nicht, denn ihr ging
es ja ausnehmend gut. Der Staat besorgte in
reichlichster Weise ihre Interessenvertretung
und der soziale Zustand in der Steuererhe-
bung, Vorrichtung, Steuererhebung und
Aufsicht konnte der jungen und mächtigen
Bourgeoisie durchaus nicht schaden. Es wäre
nicht möglich gewesen, die ganzen Kan-
junkturgewinne von 1919 bis 1921
verloren zu lassen, wenn die
Finanzpolitik der Gemeinden
durch die Schuld des Staates nicht

Genossinnen!

Im Einberufen mit dem Parteivorstand
der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
beruft das Frauenreichskomitee für den

5. und 6. Mai 1927

die

Frauenreichskonferenz

nach

Teplih-Schönau, Kurhausveranda
ein. Die Beratungen beginnen am 5. Mai 1927
um 6 $\frac{1}{2}$ (18 $\frac{1}{2}$) Uhr nachmittags.

Mit

provisorische Tagesordnung

wird vorgeschlagen:

1. Konstituierung.
2. Berichte.
3. Die politische und wirtschaftliche Lage und
die Aufgaben der arbeitenden Frauen.
4. Jugendfürsorge und sozialistische Erziehung.
5. Eventuelles.

Gemäß § 20 des Organisationsstatutes der
Partei sind zur Teilnahme an dieser Tagung be-
rechtigt:

Die Bezirks- und Kreisorganisationen durch je
eine Delegierte.

Die Mitglieder des Frauenreichskomitees und
die weiblichen Abgeordneten.

Der Parteivorstand und die Mächte der Abge-
ordneten und Senatoren durch je zwei Vertreter.

Jene Bezirksorganisationen, die durchschnittlich
pro Monat mehr als 1000 Frauenmarken um-
setzen, haben das Recht, auf je weitere 1000 um-
gesetzte Frauenmarken eine Delegierte zu entsenden.
Grundsätzlich über 500 gelten als voll.

Mit Parteigruß:

Für das Frauenreichskomitee:

Die Vorsitzende: Die Sekretarin:
A. Berger. J. Blainn.

so großen Schwankungen unterworfen gewesen wäre. Es ist vor kurzer Zeit festgestellt worden, daß die Steuerrückstände in der Republik von 557 Millionen im Jahre 1919 auf 2513 Millionen im Jahre 1924 gestiegen sind, und daß hiervon mindestens 50 Prozent entweder zur Abschreibung kommen müssen oder uneinbringlich sind. Millionen gehen den Gemeinden und Bezirken dadurch verloren. Erträge waren vorhanden, zum Nachteil der autonomen Selbstverwaltungskörper sind sie nicht erfasst worden. Die Wirtschaftskrise verzerrte unstreitig einen Teil der Konjunkturverhältnisse, und was blieb, verfiel der Steuerabschreibung. Keine Gemeinde und kein Bezirk ist in die Lage gekommen, alle Schäden der Vergangenheit zu beheben und die modernen Bedürfnisse der Bevölkerung durch die öffentliche Verwaltung zu erfüllen. Dazu kommt, daß die Steuerkräfte des volkswirtschaftlichen Lebens vom Staate nicht einmal einwandfrei erhoben werden können. Es gibt eine Anzahl von Gemeinden und Bezirken, die heute noch keine verlässliche Steuerbasis haben, auf der sie ihre Zuschlagshöhe aufbauen könnten, und unzählige Gemeinden und Bezirke basieren ihre Voranschläge heute noch auf den längst überholten Grundlagen von 1924, 1923, ja noch weiter zurück, so daß ein chaotischer Zustand besteht, der den autonomen Verwaltungen jede Möglichkeit einer großzügigen und vorausschauenden Kommunalpolitik nimmt, sie aber auch zwangsläufig zur Darlehenswirtschaft zwingt, wenn notwendige Bedürfnisse erfüllt werden müssen.

So kann gesagt werden, daß seit dem Jahre 1918 die autonomen Verbände nicht zur ruhigen Entwicklung und Ordnung ihres Haushaltes durch die Schuld des Staates und seiner schädlichen Steuerwirtschaft gekommen sind. Dagegen hat es die Finanzwirtschaft des Staates sehr gut verstanden, für sich aus der Steuerkraft der Volkswirtschaft möglichst viel heraus zu holen und die Gemeinden zu beschränken. Das Statistische Staatsamt wies für 1922 beispielsweise die Staatslasten und die Selbstverwaltungslasten nach. Erstere mit fünf Milliarden 395 Tausend, letztere mit einer Milliarde 229 Tausend rund, so daß man erkennt, daß die Staatslasten das vierfache der Selbstverwaltungslasten ausmachen. Daraus geht hervor, daß der Staat nahm, was er nehmen konnte, aber den Gemeinden nicht gab, was ihnen zukam. Die Gemeinden und Bezirke haben nicht mehr das Recht, ihre Steuern selbst einzuhoben, sie sind abhängig von den Zuweisungen der Steuerämter, die staatliche Organe sind. Hat der Staat nicht Ordnung in seiner Steuerwirtschaft, so überträgt sich das mit unerbittlicher Konsequenz auch auf die Gemeinden und Bezirke.

An dieser Tatsache sind die Schäden des zentralen Systems am offenkundigsten sichtbar. Die Steuerämter haben seit langem Weisungen, daß von den eingehenden Steuern zuerst die staatlichen Bedürfnisse zu erfüllen sind. Das führt dazu, daß die Gemeinden und Bezirke stets im Nachteil kommen, unter ständigem Geldmangel leiden, ihre Er-

fordernisse nicht erfüllen können und mit ihrer Tätigkeit weit hinter den Notwendigkeiten zurückbleiben. Gerade in dieser Lage liegt eine Warnung vor dem zentralistischen System, vor der Steuerbehördenverwaltung der Selbstverwaltungskörper durch den Staat. Eine Warnung, aus welcher hervorgeht, daß auf diesem Wege nicht weiterzukommen, sondern umzukehren ist.

Witten hinein in diesen ungeordneten Zustand kommt nun der Vorschlag, der Bürgerblockregierung auf Verwaltungsreform. Gedacht ist die Reform zu dem Zwecke, um eine große Einheitlichkeit und Ordnung herzustellen. Scheinbar nur deshalb beginnt sie dort, wo jede Tätigkeit der autonomen Verwaltung aufhört, bei der Einengung der Kompetenz, bei der vollständigen Beseitigung der Initiative, insbesondere, soweit die Verwaltungsbezirke in Böhmen in Frage kommen. Nach diesem Gesetzentwurf wird die Ordnung bald hergestellt sein, denn sie besteht in der Unfähigkeit und dem Unvermögen aller autonomen Verwaltungen, im Interesse der Bevölkerung etwas zu leisten, und Ordnung wird nur darin bestehen, daß nirgends dem fiskalischen Interesse aus den Lebensnotwendigkeiten der Bevölkerung heraus Schranken gesetzt sind.

Das alte Bezirksverwaltungsrecht kannte im allgemeinen keine Begrenzung der Initiative. Es besagt im Paragraph 51, daß zu den Angelegenheiten der Bezirksvertretung insbesondere der Haushalt gehört, der das gemeinsame Vermögen und die gemeinamen Bedürfnisse des Bezirkes und seiner Anstalten umfaßt. Als Bezirksanstalten sind alle jene gemeinsamen Einrichtungen anzusehen, welche kraft des Gesetzes oder infolge eines von der Bezirksvertretung innerhalb der bestehenden Gesetze gefaßten Beschlusses aus Mitteln des Bezirkes errichtet werden. Dahin gehören insbesondere die aus Bezirksmitteln bestrittenen Anstalten für Landeskultur, Gesundheitspflege, Armenversorgung und für andere Wohltätigkeitszwecke.

Die Verwaltungsreform besteht nun zunächst darin, daß die initiativde Tätigkeit der Bezirksvertretungen vollständig lahm gelegt wird. Der Paragraph 93 des Gesetzentwurfes lautet hinsichtlich dieser initiativde Tätigkeit:

„Die Bezirksverwaltung ist berechtigt, auch selbständig an die Landesvertretung, den Landespräsidenten, den Bezirksleitungen und anderen Behörden Anträge und Anregungen zu unterbreiten, insofern sie Interessen des Bezirkes oder seiner Bevölkerung betreffen.“

Damit ist der alte Wirkungskreis der Bezirksvertretungen, in dem alle Angelegenheiten, die das gemeinsame Interesse des Bezirkes und seiner Angehörigen betreffen, ein für allemal aus der Welt geschafft. Das schlimmste, was man sich denken kann, ist, daß der Bezirksleiter nach dem Wortlaut des Entwurfes eine Behörde darstellt, daß er nicht ein freigeschaltetes, der Bezirksvertretung verantwortliches Organ ist, sondern, daß ihm die Bezirksvertretung unterstellt ist, denn ihr billigt man gnadenweise zu, daß sie, die unmitttelbar aus der Bevölke-

rung gewählt und mit der Autorität des Vertrauens ausgestattet ist, nichts anderes darf, als dem Herrn Bezirksleiter Anträge und Anregungen zu unterbreiten, insofern sie Interessen des Bezirkes oder seiner Bevölkerung betreffen. Mit diesen Anträgen und Anregungen

Inland.

Nach den Zitterwochen.

Den Großagrariern und den Pfaffen haben Landhändler und Christlichsozialer ja schon allerhand aus der Regierung heimgebracht. Aber über jene Interessen hinaus, die zugleich auch Partei- oder „Staats“-Interessen Soehlas und Stranek's sind, gibt's, wie vorausgesetzt, und wie die Spina und Mahr-Darling jetzt auch selbst einzusehen beginnen, nichts. Die äußeren Symptome der Effizienz, die für die Regierungsdemokraten so bald angebrochen ist, gibt das „Prager Tagblatt“ in folgenden Einleitungssätzen seines samstägigen Leitartikels wieder:

„Die tschechisch-deutsche Bürgerkoalition durchlebt jetzt, vielleicht zum erstenmal, die Spannungen, von denen keine aus heterogenen Mischeltern zusammengebaute Gesellschaft dauernd verschont bleiben kann. Die Zitterwochen sind vorüber. Es ist nicht mehr ganz so wie vor drei Vierteljahr, als man in den Wandergängen der Kammer das Wunder erlebte, wie tschechische Agrarier den deutschen liebevoll das Bäuchlein beklopfen, deutsche mit tschechischen Merkmalen herglieh im Schlafarm gingen und die Gewerksparteien, die keine Nationen mehr, sondern nur noch Gewerbetreibende lammten, das Vieh vom übermäßigen Euerdruck als Dumm in die frühe Frühlingluft emporwandten. Die Gesichter sind erukter geworden, man merkt, namentlich bei den tschechischen Majoritätsparteien, ziemlich verdrossene Mienen und findet tschechische und deutsche Politiker auf getrennten Wegen, die erst dann, wenn die offizielle Beratung stattfindet, in ein gemeinsames Ausdruckszimmer münden.“

Dieser offenkundige Spott von einer Seite, die bisher mit lebendigem Verständnis für das „Experiment“ Spinas und Mahr-Darlings wahrlich nicht allzusehr geizte, dürfte wohl auch nicht zur Aufbebung der landhändlerischen und liberalen Gemüter in den lauren Tagen beitragen, die über sie gekommen sind!

Ein prächtiges liberales Blatt.

Die einzige deutschbürgerliche Zeitung, die sich zum Unterschied von der übrigen demokratischen oder liberalen oder parteilosen Presse als Verteidigerin der Schandtat der deutschen Regierungspolitik prostituiert, ist die „Reichenberger Zeitung“, die insbesondere seit dem Beginn des Kampfes gegen die Verwaltungsreform fast jeden Tag ein warmes Wort zur Entschuldigung der Landhändler und Christlichsozialen findet. Im Leitartikel ihrer Samstagnummer hante die „Reichenberger Zeitung“ gar in die Reihe des tschechischsozialen Abgeordneten Jajicek, indem sie ganz mit denselben Argumenten wie jener das Verhalten der Regierungsdemokraten zu den Militärvorlagen rechtfertigte. Wir zitieren:

„Ablehnung der Militärvorlagen durch die Deutschen bedeutet also die Rückkehr zu dem früheren, mit vieler Mühe gestürzten alltschechischen System, ohne daß dadurch die Gesetzgebung

braucht nichts zu geschehen. Einen Beschluß der Bezirksvertretung, den der Bezirksleiter durchzuführen hat, gibt es nicht. Die Bezirksvertretung ist überhaupt nicht mehr beschließendes, sondern nur mehr beratendes Organ. (Ein zweiter Artikel folgt.)

der Vorlagen verhindert werden würde. Darum erscheint es politisch klüger, wenn auch weniger volkswirtschaftlich, daß sich die deutschen Regierungsparteien mit den Militärvorlagen, die sie keinesfalls zu Fall bringen können, abfinden und nach solchen Verbesserungen streben, die erreichbar sind. Diese Politik besagen denn auch die deutschen Parteien in der Regierung und nur böser Wille oder unbeherrschter Überstand wird bestreiten können, daß nicht gewisse Erfolge erzielt wurden.“

Wie falsch, und vor allem: wie unmoralisch diese Argumentation ist, haben wir bereits gestern nachgewiesen. Das mit der Wiederkehr der allnationalen Koalition ist leeres Gerede und die „Verbesserungen“ sind keinen Schuß Pulver wert, von „gewissen Erfolgen“ gar nicht zu reden. Nicht vermag die Tatsache zu verschleiern, daß unter der Mitwirkung der deutschen „Aktivistin“ die Gesetzgebung Zug um Zug reaktionärer wird und daß die Christlichsozialen und Landhändler auch dort, wo ihnen aus parteiorganisatorischen Gründen etwas nicht paßt, Schweigen müssen, weil sie sonst aus der Koalition hinausfliegen. Das Volk aber soll dafür Verständnis aufbringen, daß diese Parteien, nur um an der Strippe bleiben zu können, alles mit in den Kauf nehmen! Und für eine solche Politik tritt die „Reichenberger Zeitung“ als Verteidigerin auf! Wir haben von deren Liberalismus ja nie viel gehalten, aber dieser Beweis demokratischer Grundgesetze ist doch zu außerordentlich, als daß er nicht besonders charakterisiert werden sollte.

Ein Nationaldemokrat pleißt — die politische Bezirksverwaltung tanzt.

Nach dem reaktionären Plan der tschechisch-deutsch-bürgerlichen Regierung, den die Reform der Verwaltung darstellt, wird den politischen Behörden das Recht eingeräumt werden, Gesetze und Verordnungen zu erlassen, ganz nach ihrer Willkür und ihrem Belieben. Der Bezirkspräsident wird ein mächtiger Herr sein und er wird so regieren und „verwalten“, wie es der Vertreter der Regierungsparteien am liebsten sein wird. Auf einen leisen Wink wird die politische Behörde mit ihrer ganzen Polizeigewalt den Herrschaften zur Verfügung stehen.

Wer das nicht glauben will, der sei auf einen Vorgang verwiesen, der sich dieser Tage im Bezirke Tepliz-Schönanu abgespielt hat. Noch ist die Verwaltungsreform nicht in Kraft und doch schon tanzen die Bezirksbeamten so, wie es die Vertreter und die Anhänger der Regierungsparteien wollen.

In der Bezirksverwaltungscommission Tepliz gelangten die Subventionen für die Ferienkolonien im Betrage von 6000 Kronen zur Verteilung. Der Ferienkolonie des tschechischsozialen Roten Kreuzes wurden 1189 K und der tschechischen Bezirksjugendfürsorge 3389 K zugewiesen. Gegen diese Verteilung hat der tschechische Nationaldemokrat Frantisek Hanaukel Protest erhoben, weil die tschechische Bezirksjugendfürsorge keine Ferienkolonie selbständig führe, sondern nur eine bestimmte Aktion anordne, wobei eine bestimmte Kinderzahl bei den Landwirten im mittleren Wöh-

Die Frieda.

Novelle

von Fritz Soudy.

IV.

Es war ein Samstag und Herr Lembke, der ja sein eigener Herr war, pflegte Samstag nachmittags seine drei Arbeiter sich selbst zu überlassen und das kleine Seebad, wo er gerade tätig war, mit der Stadt zu vertauschen.

So konnte man sehr angenehme Stunden miteinander verbringen. Herr Lembke führte die Frieda in die Anlagen, man setzte sich auf eine Bank und plauderte harmlos und vergnügt, als ob es keine Inflation gäbe, die eben erst zehn Lebensjahre der Frieda den Sinn geraubt hätte. Aber die Frieda hatte zum Glück kein reiches Talent zur Kapitalistin. Daß ihre ganzen Explanen ihr kein armieliges Mittagsessen verschaffen konnten, hatte sie im Augenblick aus der Fassung gebracht, doch ihre Belustigung war robust genug, um nicht gleich zusammenzubrechen. Man mußte eben noch einmal anfangen, weil man ja noch nicht alt, man war kräftig und verstand seine Arbeit.

An diesem raschen Wiedererwachen des Lebensmutes hatte allerdings das Auftreten des Herrn Lembke seinen reichlichen Anteil. Das spürte die Frieda undurchlich, aber doch fast genug, um eine gewisse Verpflichtung zur Dankbarkeit gegen ihn anzuerkennen.

Herr Lembke erwies sich immer mehr als eine sehr beachtenswerte Erscheinung. Zunächst bestand er es ausgezeichnet, die Frieda bei guter Laune zu erhalten. Er erzählte bessere Geschichten aus seinem Berufs- und Privatleben, ließ sich auch von der Frieda Einzelheiten aus ihrer Ver-

gangenheit berichten, hielt aber bei Alledem immer eine gewisse Distanz ein.

Man trank in den Anlagen Kaffee, ob dazu einen Kuchenerfolg, bei dem die Frieda sachkundig bemerkte, daß er eine Sauerei wäre, darüber wurde es sechs Uhr und Herr Lembke schlug vor, ins Kino zu gehen.

Die Frieda war durchaus einverstanden, sie hatte ja drei lange Jahre kein Kino mehr gesehen. Herr Lembke nahm gute Plätze, und die Frieda antwortete sich grobhartig, als Chaplin einen Kistboy mit langem, grauem Bart väterlich auf die Stirne küßte und noch mehr, als er, von einem furchtbar bedrohlich aussehenden Partner verfolgt, ein Trottoir rulant hinunterzulaufen versuchte und trotz aller Mühe nicht vom Plad kam.

Dann begann ein sechsaktiges Drama von einem armen Mädchen, das in einem Karussell den Leierkasten zu drehen hatte, und dem der Karussellbesitzer nachstellte. Aber das Mädchen vermochte trotz Drohungen und Schlägen keine Unschuld zu bewahren. Es gab auch einen Eudliger mit treuen Augen, der einen großen Affen Kunststücke produzieren ließ, das arme Mädchen liebte und von dem Karussellbesitzer ebenfalls schlecht behandelt wurde.

Die Frieda konnte nicht verhindern, daß ihr ein paar Tränen über die Wangen rollten, als der Karussellbesitzer den armen Eudliger zur Erde warf und, mit Füßen trat, weil dieser verflucht hatte, das arme Mädchen zu schützen. Herr Lembke fühlte sich daraufhin verpflichtet, Friedas Hand zu nehmen und tröstend zu streicheln. Auch das verhinderte die Frieda nicht; sie war ihm ja Dank schuldig.

Das Drama auf der Leinwand komplizierte sich, denn jetzt war eine lustige Gesellschaft von vier Herren zum Karussell gekommen. Einer dieser Herren sah das Mädchen an dem Leierkasten, sie sah ihn auch, das genigte beiden, um zu wissen, daß ihre Schicksale unlöslich verbunden

waren. Das arme Mädchen vermochte mit Mühe den Leierkasten weiter zu drehen, der Karussellbesitzer warf abwechselnd wütende Blicke auf sie und auf den Revolier, und auch dem armen Eudliger entging diese neue Wendung nicht.

Die jungen Herren entfernten sich, aber der Held wechselte noch schnell ein Wort mit dem armen Mädchen. Es wird dunkel, das arme Mädchen hat wie immer die Nachstellungen ihres Vaters abzuwehren, dann warnt sie der Eudliger mit treuen Augen vor der Falschheit der Männer. Aber schließlich erscheint der Held. Er führt sie in einen mondcheinbeglänzten Garten, dessen blütenreiche Aeste leicht vom Winde bewegt werden. Unter einem dieser Aeste bleiben die beiden stehen, und nach dem in solchen Fällen üblichen Ritual ergreift der Held die Hand des Mädchens, das seelenvoll zu ihm aufblickt. Seine Lippen neigen sich langsam auf die ihren, sie schmiegt sich erschauernd an die Heidenbrust, und eine Großaufnahme läßt die Zuschauer den nicht länger aufzuhaltenden Ruf mit stodemem Atem in allen Details mitgehören.

Die Frieda war ganz im Bann der Handlung. Sie bemerkte es kaum oder hielt es vielleicht für selbstverständlich, daß Herr Lembke in diesem weichevollen Augenblick sein Knie mit leichtem Druck ihrem Knie näherte.

Der Eudliger war dem Helden und dem Mädchen nachgegangen, doch als er die stimmungsvolle Szene unter dem blühenden Ast mit ansehen mußte, schlich er betäubt nach Hause und setzte sich neben seinen Affen, der ein misführendes Herz hatte und ihn liebte.

Da das Drama aber sechs Akte haben mußte, erwies sich eine übermäßige Komplizierung notwendig.

Der Held war ein Adiger von hohem Rang, und der Herrscher selbst hatte ihm eine Dame von Hof als Braut bestimmt. Das gab Gelegenheit

zu prächtigen Aufnahmen von Gesellschaften, in Palästen und bei Pferderennen. Der Held muß dem allerhöchsten Befehl gehorchen und heiratet die ihm Zugedachte. Das arme Mädchen, das nicht weiß, mit wem sie es zu tun hatte, drängt sich, von dem Eudliger begleitet, durch das Spalier der Zuschauer bei den Trauungsfeierlichkeiten, sie steht ihren Helden an der Seite einer andern vor den Altar treten und sinkt mit einem Schrei in die Arme des Eudliger.

Diese hochdramatische Szene veranlaßte Herrn Lembke, den Atem um die Frieda zu legen und einen möglichst innigen Kontakt herzustellen, als wollte er ihr deutlich machen, daß sie bei ihm dergleichen Schicksaligkeiten nicht zu erwarten habe.

Jetzt begann überhaupt erst die rechte Spannung, denn die Zuschauer spürten aus alter Kinserfahrung, daß es ja doch zu einem guten Ende kommen müsse, und waren brennend neugierig, wie das bewerkstelligt würde.

Zunächst gab es noch eine wüste Mißhandlung des armen Mädchens durch den Karussellbesitzer; auch der Eudliger bekam seinen Teil, und man konnte sehen, wie der Affe während an den Stangen seines Käfigs rüttelte.

Dann erblickt man den Karussellbesitzer schlappend auf seinem mondbeschiedenen Vert. Währenddessen gelingt es dem Affen, seinen Käfig zu öffnen. Er klettert an der Mauer eines Hauses hinauf; der Karussellbesitzer schläft noch immer; im offenen Fenster erscheint der Affe . . .

Im nächsten Akt erzählt man, daß der Karussellbesitzer erdrosselt worden ist, ohne daß es eine Spur des Mörders gibt.

Herrn Lembkes rechte Hand war in der Lage, deutlich zu spüren, daß der Atem der Frieda bald in raschen Stößen ging, bald wieder angehalten wurde.

(Fortsetzung folgt.)

men untergeordnet werde. Diese Aktion sei nicht als Ferienkolonie zu betrachten. Herr Hanaukel stelle daher den Antrag, eine Reorganisation des früheren Beschlusses herbeizuführen, die tschechische Bezirksjugendfürsorge habe keinen Anspruch auf diesen Betrag. Die Verwaltungskommission lehnte den Antrag des Herrn Hanaukel ab.

Herr Hanaukel beachte nun gegen diesen Beschluß der Bezirksverwaltungskommission den Rekurs ein. Das ist sein gutes Recht. Aber er tat noch mehr. Er machte eine Eingabe an die politische Bezirksverwaltung und ersuchte sie, daß sie die Durchführung des Beschlusses der Bezirksverwaltungskommission (Auszahlung des Betrages an die tschechische Bezirksjugendfürsorge) bis zu der Zeit einstelle, wo im Instanzenwege über den in dieser Angelegenheit eingebrachten Rekurs rechtsgültig entschieden wird.

Und nun kommt das Ueberraschende. Der Herr Hanaukel pfiff und der Bezirkshauptmann von Tesplit lachte. Sofort langte eine Zuschrift der politischen Bezirksverwaltung bei der autonomen Bezirksverwaltungskommission ein, die folgenden Wortlaut hatte:

„Der Bezirksverwaltungskommission zur Kenntnis und wenn möglich zur Herbeiführung einer Einigung. Andernfalls ersuche ich unter Hinweis auf § 78 des Gesetzes vom 25. Juli 1864, L. G. N. 27, um Befehlsschein eines Anzweiges aus dem Protokoll der bezüglichen Sitzung und um eine aufklärende Äußerung.“

Das Gesetz von 1864 beinhaltet, daß die politische Bezirksverwaltung den Beschluß fiktieren kann. Der Paragraph fand aber bisher niemals Anwendung. Erst in der Zeit, wo man darangeht, mit einer Verwaltungsreform das Prügelpatent zu verschärfen, alle reaktionäre Bestimmungen wieder lebendig zu machen, mußte es einem Bezirkshauptmann einfallen, diesen Paragraphen auszugraben.

In der Sitzung der Bezirksverwaltungskommission am Donnerstag machte vor Eingang in die Tagesordnung der Obmann Genosse Herzog diese Zuschrift der Bezirksverwaltung zur Kenntnis und legte Verwahrung ein, daß die politische Bezirksverwaltung in die Rechte der autonomen Verwaltung eingreift. Der tschechische Sozialdemokrat Viktora wandte sich in sehr klaren Worten gegen das Vorgehen des Mitgliedes der Bezirksverwaltungskommission Hanaukel, der die politische Verwaltung aufruft, wenn ein Antrag von ihm nicht zur Durchführung gelangt. Es sei eine Schande, daß es gerade ein Mitglied der tschechischen Minderheit sein muß, das gegen eine Subventionierung der tschechischen Bezirksjugendfürsorge Stellung nimmt.

Genosse Růžal legte heftigen Protest gegen das unerhörte Vorgehen der politischen Bezirksverwaltung ein und verwies darauf, wie es kommen wird, wenn die Verwaltungsreform Geschicklichkeit erlangt und der Leiter des Bezirksamtes unumschränkt herrschen wird. Es ist ein Wagnis, daß die Bezirksverwaltung eine solche Zuschrift an die autonome Bezirksverwaltung richtet. Wir protestieren auf das entschiedenste gegen eine solche Vorgehensweise.

Der Kommunist Babulík erwiderte ebenfalls Protest gegen diese Vorgehensweise und war der Meinung, daß Herr Hanaukel als Mitglied der reaktionärsten Partei in diesem Staate gar nicht anders handeln konnte.

Der Vorsitzende Genosse Herzog verwies nochmals darauf, daß die Mitglieder der Bezirksverwaltungskommission auch den Instanzenweg einschlagen haben. Wenn der Herr Hanaukel einen Rekurs eingebracht hat, so wird dieser in der ordnungsgemäßen Weise durch die autonome Aufsichtsbehörde erledigt werden.

Aus diesem Vorgang ist wohl deutlich zu ersehen, was wir erwarten können, wenn erst die Verwaltungsreform Gesetz wird, wenn schon heute die politische Behörde auf eine Anzeige eines Mitgliedes der nationaldemokratischen Partei sich das Recht herausnimmt, in die Rechte der autonomen Verwaltung hineinzuwirken.

Beratungen der deutschen und tschechischen sozialdemokratischen Jugend am 23. Februar 1927. Der gemeinsame ständige Ausschuß der tschechoslowakischen und deutschen sozialdemokratischen Jugend hatte am Mittwoch, den 23. Februar in Prag eine Beratung. Er nahm vor allem Stellung zu der geplanten Verwaltungsreform, welche die Jugend um ihre politischen Rechte bringen will und beschloß den an anderer Stelle veröffentlichten Aufruf. Die weiteren Beratungen des ständigen Ausschusses betrafen die wirtschaftliche Lage der arbeitenden Jugend. Es wurde beschlossen, mit den Gewerkschaftszentralen auf Grund des von den drei Internationalen (Gewerkschaftsinternationale, Sozialistische Arbeiterinternationale und Jugendinternationale) beschlossenen wirtschaftlichen Mindestprogrammes für die arbeitende Jugend Verhandlungen zu pflegen, um in allen Fragen ein gemeinsames Vorgehen zu erreichen. Außerdem wird in diesen Fragen in Verbindung mit den beiden sozialdemokratischen Parteien und dem sozialdemokratischen Parlamentsklub vorgegangen. Das zuständige Ministerium wird unter Verlage ersprechenden Materials aufgefordert werden, Maßnahmen gegen die wachsende Verelendung der Jugend zu treffen. Die Sitzung begrüßte auch mit großer Genehmigung die Vereinigung der beiden Gewerkschaftszentralen und gab der Hoffnung Ausdruck, daß diese Tatsache nicht ohne Auswirkungen auf politischem Gebiete bleiben werde. Nach Erledigung verschiedener organisatorischer Fragen fand die von diesem internationalen Geiste erfüllte Beratung ihren Abschluß.

Unterordnung der kirchlichen Bewegung unter Bischöfe und Papst. Das kirchliche Wochenblatt „Kosa Bistý“ bringt an leitender Stelle eine bemerkenswerte Kundgebung. Es wird da erzählt, daß in der ganzen Welt über Druck des Papstes eine Reorganisation der kirchlichen Bewegung durchgeführt werden soll. Der Papst hat Richtlinien herausgegeben, gemäß welchen die katholische Tätigkeit von den kirchlichen politischen Parteien vollkommen abgetrennt werden, und daß insbesondere die katholische Jugendbewegung vom Einfluß der kirchlichen Partei befreit und der Kirche vollkommen untergeordnet werden soll. Die katholischen Korporationen sollen unmittelbar den Bischöfen unterstellt werden. Das Blatt schreibt dann insbesondere in bezug auf die kirchlichen Verhältnisse: „Auch bei uns läßt man eifrig in dieser Richtung an zu arbeiten, und es ist eine Beratung bevorstehender Aktionen, in der ein Italiener die Wünsche und die Praxis der katholischen Italiener darlegen und prüfen soll, wie man bei uns arbeiten könnte. In Italien hat sich die katholische Aktion bewährt. Sie hat sich nicht nur äußerlich bewährt, indem sie eine Reihe von italienischen Organisationen zusammengefaßt und vereinheitlicht hat, sondern auch, und das ist das Wichtigste, nach der inneren Seite. Sie lehrt, wie sich die Katholiken in bestimmten Fällen verhalten sollen. Der Ausschuß der katholischen Aktion kommt jeden Monat zusammen. Die Beratungsergebnisse werden für alle Organisationen bindend und das ist wichtig. Nun, bei uns brauchen wir so etwas mehr als sonst.“ Es ist zweifellos, daß diese Aktion des Papstes dahin geht, die katholische Bewegung den Bischöfen und dem Vatikan vollkommen unterzuordnen. Wenn beispielsweise

Kommunisten helfen einer Rechtsregierung in den Gatteln. Wenn sie nur die Sozialdemokratie „entlarven“ können!

Berlin, 26. Februar. (Eigenbericht.) In Thüringen hatte der sozialdemokratische Abgeordnete Brüll versucht, auf Grund des von der Sozialdemokratie aufgestellten Programms, eine Regierung der Linksparteien zustandzubringen. Die Regierungsbildung droht jetzt an dem Verhalten der Kommunisten zu scheitern, die eines ihrer üblichen „Entlarvungsmanöver“ in Szene setzten und dem sozialdemokratischen Programm ein eigenes Programm entgegenstellten, das niemals verwirklicht werden kann, so lange noch eine der bür-

Drohende Mietzinserhöhung in Deutschland.

Vorläufiger Erfolg einer sozialdemokratischen Gegenaktion.

Berlin, 26. Februar. (Eigenbericht.) Der Eisenbahnhauptmann des Reichstages beschäftigte sich heute mit dem sozialdemokratischen Antrag, daß bis Ende 1928 keine weiteren Mietzinserhöhungen vorgenommen werden sollen. Die Vertreter der Sozialdemokratie begründeten diesen Antrag damit, daß die Arbeitslosigkeit noch immer äußerst drückend sei und weite Kreise der Bevölkerung der Verelendung anheimgefallen seien. Eine Mietzinserhöhung würde nur den Hausbesitzern zugute kommen und müßte zu einer weiteren erheblichen Belastung des überwiegenden Teiles der Bevölkerung führen.

Die Sozialdemokratie konnte den vorläufigen Erfolg für sich buchen, daß der Ausschuß einstimmig beschloß, die Verhandlungen zu vertagen,

Truppenverschiebungen vor Shanghai.

Peking, 26. Februar. (Kleiner.) Die Truppen des Generals Tschangschin lassen ihren Vormarsch über den Gelben Fluß (Hoang Ho) in der Richtung gegen die Stadt Tschentschou fort, die sie offenbar einschließen wollen.

Zwischen den Truppen des zurückgetretenen Gouverneurs der Provinz Kiangsi, Sun-tschuanfang, und jenen des gegenwärtigen Gouverneurs Tschangschinshiang werden einige Zusammenstöße gemeldet.

Die Stadt Tschentschou ist ein wichtiger Knotenpunkt der über die Provinz Honan führenden Bahnlinien, und zwar der Strecke, die von Peking südwärts nach Hankau führt, und der aus der Stadt Sunman in östlicher Richtung nach Tschou und zur Küste führenden Strecke.

London, 26. Februar. „Times“ meldet aus Shanghai, Sun-tschuanfang habe etwa 42.000 Mann zusammengezogen. Schützengräben sind in großer Zahl aufgeworfen worden. Maschinengewehre sind gebaut worden und außerdem sei auch eine gute Verteidigungslinie vom Taiji-See über Sunghang bis zur Stadt Kuschang, 15 Meilen südlich von Shanghai, gezogen worden.

Der in den letzten Wochen fast ununterbrochen niedergelagene Regen, der die ganze Landschaft in einen fortigen Lump verwandelt hat, behindert die einzelnen Truppenabteilungen, insbesondere die Südruppen, am Vormarsch.

London, 26. Februar. „Daily Express“ meldet: Wie es heißt, ist die gesamte chinesische Flotte zu den Antantonen übergegangen. Die Südmarine soll Sonntag 20 Meilen von Shanghai befehligt haben.

ein Russe in kommunistischen Organisationen im Auftrage der russischen Regierung sprechen würde, dann würden alle Regierungsblätter voll sein von dem Hocherrate, der da bejagen würde. Wenn aber ein italienischer Merkator in katholischen Organisationen spricht, werden ihm von der Regierung wohl keine Schwierigkeiten gemacht werden. Jedenfalls wird es ihm in der Tschechoslowakei besser gehen, als seinerzeit der Genossin Bolabanoff.

Erleichterungen für Reiche. Die tschechischen Sozialdemokraten haben im sozialpolitischen Ausschuß des Abgeordnetenhauses an den Finanzminister und den Minister für soziale Fürsorge eine Anfrage gerichtet, die Minister mögen einen Ausweis vorlegen über die Durchführung der Gesetze 102 von 1921 und 403 von 1922. In diesen Gesetzen werden Personen oder Gesellschaften Steuererleichterungen für den Bau von Wohnungen oder gewerblichen Bauten gewährt und zwar können sich solche Personen oder Gesellschaften von der Steuergrundlage bis 1922 70, bzw. 50 Prozent, vom Jahre 1923 50 oder 35 Prozent des Bauaufwandes abschreiben. Dadurch haben die in Betracht kommenden Personen hunderte von Millionen, ja vielleicht Milliarden erspart. — Es wäre sicherlich sehr interessant, das Verzeichnis jener Personen und Gesellschaften vorzulegen, denen auf diese Weise Millionenentschuldungen gemacht wurden. Es würde daraus zu ersehen sein, daß während der Staat an Arbeitslosenunterstützung oder Bauförderung von Kleinwohnungen leidet, gerade reichen Leuten Steuererleichterungen gewährt werden, die sich auf hunderte Millionen Kö belaufen.

getlichen Linksparteien mit herangezogen werden muß. Die Demokraten erklären auch schon, daß sie keine Lust haben, sich an einer Regierung zu beteiligen, die von der Gnade der Kommunisten abhängig wäre.

So können die Kommunisten wieder einmal den traurigen Ruhm für sich buchen, statt einer linksorientierten Regierung einer ausgeprochenen Bürgerregierung in den Sattel zu helfen, in der wieder die Deutschnationalen den Ton angeben werden.

wobei er der Erwartung Ausdruck gab, daß die geplante Verordnung über die Mietzinserhöhung nicht eber verläufte werde, bis die Parteien endgültig zu dem sozialdemokratischen Antrag Stellung genommen haben.

Besserung im Befinden Loebes.

Berlin, 26. Februar. (Eigenbericht.) Das Befinden des Genossen Loebe hat sich heute gebessert und man hat keine außerordentlichen Komplikationen eintreten, ist trotz des ernststen Charakters der Krankheit mit feiner Gesundheit zu rechnen.

Flucht aus der böllischen Arbeitsgemeinschaft.

Berlin, 26. Februar. Wie die Böllische Arbeitsgemeinschaft mittels, ist der Abgeordnete Seiffert aus der böllischen Freiheitspartei entsetzt und ist, ebenso wie die Abgeordneten Lüdendorff, Kühle und Dr. West parteilos.

Moskaus Anbiederungsversuche an die Amsterdamer Internationale.

Konferenz des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Amsterdam, 25. Februar. Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes beschäftigte sich heute auf englischen Antrag erneut mit der Frage der Beziehungen zum russischen Gewerkschaftsbund. Gegen die Stimmen der englischen Vorstandsmitglieder wurde beschlossen, an den englischen Gewerkschaftsbund ein Schreiben zu richten, in dem es heißt, daß der Internationale Gewerkschaftsbund heute noch an die Beschlüsse des Wiener Kongresses vom Jahre 1921 und an die Vorstandsbeschlüsse vom Februar und Dezember 1925 gebunden sei. Vorbedingung für die Eröffnung von Verhandlungen mit den Vertretern der russischen Gewerkschaften sei demnach, daß der Russische Gewerkschaftsbund sich dem Internationalen Gewerkschaftsbund anschließe. Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes stellt daher dem Russischen Gewerkschaftsbund anheim, in Besprechungen mit dem Russischen Gewerkschaftsbund zu unterhandeln, ob diese Vorbedingung jetzt gegeben sei.

Coolidge verliert sich keine Wahlausichten.

Washington, 26. Februar. (Sabos.) Präsident Coolidge legte sein Veto gegen das Gesetz ein, durch welches die Zurückziehung einer gewissen Baumvollmenge vom Markte finanziert werden sollte. Wie die Wähler bemerken, hat sich Präsident Coolidge durch diesen den Farmern gegenüber feindseligen Schritt der Möglichkeit seiner neuerlichen Wiederwahl zum Präsidenten im Jahre 1928 gewahrt. Dem gegenüber haben sich die Ausichten des Farmerkandidaten Louden, des ehemaligen Gouverneurs des Staates Illinois, vergrößert.

Tagesneuigkeiten.

Die Anbelpolitik.

(Aus der Bodenbacher „Roten Fackel“.)

Das ist die neue Politik mit Anbelen wie wir hören; mit der das Landvolk mon begnügt, mit Anbelen, großen, schweren.

Aus! Seht Euch her zum Anbelsack, Regierungsmische alle, regiert und streht und säwigt und prahlt vor Euren tiefsten Hölle.

Das ist der neueste Erfolg vom großen Anbelsack, streht immer zu; es wird das Volt Euch dieses nicht vergessen.

Es nimmt die größte Fresserei ja doch einmal ein Ende. Wie groß auch Euer Magen sei, wie fest auch seine Wände.

Sollt acht, daß Ihr nicht überfüllt beim Fressen Eueren Magen, er könnte, freht Ihr allzu viel, die Anbelen nicht vertragen.

Bergeth auch auf das Trinken nicht; in tiefen, langen Schläfen. Und freht zu große Broden nicht, laßt halt Ihr dran esfiden.

70.000 Kronen erbeutet.

Eindbruch in die Mariascheiner Zementfabrik.

In der Nacht auf Samstag wurde in der Zementfabrik in Mariaschein bei Tesplit ein Einbruch verübt, die eiserne Kasse erbrochen und daraus ein Geldbetrag von über 70.000 Kronen geraubt. Die Eindrehler drangen durch das Parterrefenster in die Kassekassalitäten ein. Sie hatten von außen durch den Fensterrahmen ein Loch gebohrt, durch welches sie einen Draht zogen; vermittels dessen gelang es ihnen, den Fensterflügel aufzumachen. Bevor die Eindrehler an die Arbeit gingen, hatten sie die Fenster mit Teppichen verhüllt. Die eiserne Kasse wurde an der Vorderwand an zwei Stellen angebohrt, die Schloßer bloßgelegt und mit Reißern aufgerissen.

Da neben dem Einbruchsfenster die Stühle des Fabrikwachters angebracht ist, muß angenommen werden, daß die Eindrehler den Hundgang des Wachters beobachteten und dann den ganzen Einbruch vollkommen ungestört durchführen konnten.

Entlassungen bei der Firma Schicht.

Kochdem bereits in der Vorwoche 150 Arbeiter und Arbeiterinnen der Seifenfabrik und einiger anderer Abteilungen, ohne Unterschied der Dienstzeit auf einige Wochen entlassen wurden, erfolgten diesen Samstag weitere Entlassungen von 210 Arbeitern und Arbeiterinnen aus den Speisefert- und Verzeugsfabriken. Wie nun diese Arbeiter und Familienmitglieder ohne Verdienst wochenlang leben sollen, darüber schämt sich die Firma kein besonderes Kopfzerbrechen zu machen. Es ist wirklich herrlich eingerichtet, in dieser kapitalistischen Gesellschaftsordnung; während es dem arbeitenden Volke an den allernötigsten Nahrungsmitteln und verschiedenen Bedarfsartikeln fehlt, werden Betriebe, welche diese Dinge erzeugen, einfach stillgelegt! Wann wird die Arbeiterklasse endlich begreifen, daß nur durch den Sturz des kapitalistischen Systems und Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, bessere Zustände erreicht werden können?

Der Judentonum geht zurück.

Die Folgen der mehrmaligen Verteuerung des Judentonum seit dem Herbst beginnen sich zu zeigen: der Judentonum in der Republik geht rapid zurück. In der Zeit vom 1. Oktober 1926 (da der Judentonum zum ersten Male verteuert wurde) bis zum 31. Jänner 1927 wurden in der ganzen Republik 1.110.238 Jentner Judentonum gegen 1.215.692 Jentner im Vorjahre verbraucht. Der Verbrauchsausfall in den vier Monaten beträgt also 105.794 Jentner, das sind 8,7 Prozent. Noch stärker ist der Rückgang im Jänner. In der Zeit vom 1. bis 31. Jänner 1927 wurden 207.033 Jentner gegen 278.464 Jentner im Jahre 1926 verbraucht. Der Verbrauch ist gegen das Vorjahr um 71.431 Jentner, das ist um 25,7 Prozent kleiner. Im Jänner wurde also in der Tschechoslowakischen Republik um ein Viertel Judentonum weniger verbraucht als im Vorjahre. So führt die Judentonumverteilung zu einer Einschränkung des Judentonums, was sowohl für die Bevölkerung, als auch für die Industrie einen schweren Schaden bedeutet.

Ein Tschechoslowake in Frankreich unter Spionageverdacht verhaftet.

Wie der „Matin“ aus Toulon erfährt, verhaftete die Polizei in Lons les Maures den tschechoslowakischen Staatsangehörigen Karl Heril, welcher der Spionage beschuldigt wird, da er in der Fabrik, in welcher er beschäftigt war, Pläne für Torpedos herbeiführen wollte.

Der Lodgman-Artepel-Prozess vor dem Obersten Gericht.

Am 3. März findet in Brunn vor dem Obersten Kassationshof die Verhandlung über die Nichtigkeitsbewerbe statt. Die Dr. Lodgman gegen das Urteil in dem im September vorigen Jahres gegen Senator Artepel durchgeführten Ehrenbeleidigungsprozess überreicht hat.

35 Bergleute im Schacht eingeschlossen.

Infolge herabfallender Gesteinsmassen wurden 35 Bergleute in Johannsbuwa eingeschlossen. Man befürchtet, daß viele von ihnen getötet wurden.

Gerichtssaal.

Der Raubmord an dem Autotagi-Besitzer Batočka.

Surch zum Tode verurteilt.

Prag, 25. Februar. Von den zur Verlesung gelangenden Protokollen ist das des Fremden Surchs des Mannes der Batočka, des Chauffeurs Kral, das Wichtigste. Er gibt an, daß er auf Surch wegen der Batočka eifersüchtig war und daß ihm Surch von einem geplanten Autotag mitteilt eines über die Strafe gezogenen Drahtes erzählt hat. Er wollte auch den Kral für einen ähnlichen Plan gewinnen. Einmal schlug Surch ihn so, daß ihm sogar Blut aus den Ohren tropfte. Als die Batočka plötzlich mit Surch verschwand, suchte er sie sofort in Wärdern bei ihrer Schwester, was auf Wahrheit beruhte. Dann gab er die Waffensachverständigen ihr Gutachten ab, daß es ein Revolver war, der auf 30 Schritte tödliche Verletzungen hervorzurufen muß. Die Autosachverständigen räumten die Möglichkeit ein, daß der Schuß sogar während der Fahrt erfolgen konnte. Der Mörder konnte bei einiger Gewandtheit etwas später den Platz des freilaufenden Autos erreichen. Daß die Tat daher ein einziger Täter vollbracht, ist durchaus wahrscheinlich. Nun äußert sich die Psychiater Prof. Stabik und Dozent Dr. Hajek über den Geisteszustand Surchs. Surch ist weder erblich belastet, noch geisteskrank, er sei sogar über den Durchschnitt intelligent. Daß Surch während eines „Anfalls“ die Tat vollführte, sei ausgeschlossen. Er sei während der Tat vollkommen zurechnungsfähig gewesen. Seine Krämpfe und Anfälle seien erlagen, derartige Krämpfe existieren nicht. Die Mediziner haben Surch verschiedene Fragen vorgelegt, so z. B. sollte Dr. Hajek: „Die sind doch ein ganz gescheiter Mensch.“ Surch antwortete: „Wenn ich ein gescheiter Mensch wäre, würde ich nicht hier sitzen.“ „Wollen Sie ins Irrenhaus?“ „Nein, weil ich aus der Irrenanstalt nie herauskame. Aus dem Irrenhaus kann ich in 15 Jahren drauß sein. Und übrigens ist es hier ganz hübsch. Wirklich, besser als draußen. Wie ich gehört habe, soll es im Irrenhaus noch besser sein. Also was? Als ich eine Stelle wollte, mußte ich einige Tausender Krone haben und wurde noch befohlen.“ „Und wissen Sie, daß die Strafe eine Besserung bedeutet?“ „Ja, eine schöne Besserung, wenn sich der Mensch 15 Jahre lang abarbeiten muß.“ Hierauf bemerken wir, daß es Sache der Gerichtsärzte ist, einen Befund über den Geisteszustand des Angeklagten zu geben, nicht aber gleichzeitig Staatsanwalt zu sein.

Sodann werden die Fragen an die Geschworenen verlesen. Im ganzen 16 Fragen, von denen die Hauptfragen auf Raubmord und Raubmord, Raub, Diebstahl in etwa fünf Fällen, öffentliche Gewalttätigkeit im Falle des Heger's und des Gendarmen Kramosch bei der Verhaftung, auf Verschwendung und unerlaubtes Waffentragen und Verstoßen von Waffen lauten. Der Verteidiger Dr. Cefovska stellt den Antrag auf eine Zulassfrage wegen Mithuld am Mord. Daraufhin wird die Verhandlung um 1/2 Uhr abends geschlossen.

Prag, 26. Februar. Die Verhandlung begann erst um 1/10 Uhr vormittags, da sich der Gerichtssaal wegen des Antrages des Verteidigers betreffs der Zulassfrage beriet. Der Antrag wird sodann mit der Begründung abgelehnt, daß das Gesetz den Begriff der „Mithuld“ genau präzisiert, indem es ein Dingen, Veran, eine Ermunterung zu einer Mordtat voraussetzt, was hier nicht der Fall ist. Sodann spricht der St. A. Dr. Tomša. In einer längeren Rede weist er auf die Verschlossenheit Surchs hin, der zuerst, als ihn die Polizei festnahm, alles gestand. Als er dann 14 Tage in Haft lag und Zeit hatte, sich die Sache zu überlegen, gab er dem Untersuchungsrichter die Tat zu, leugnete jedoch, die Mithuld gegeben zu haben, sich des Autos und Geldes des Ermordeten zu bemächtigen, weil er beschuldete, nur wegen Todesstrafe angeklagt zu werden. In der mei-

teren Haft wurde er noch länger und fuhrte plötzlich die Perlen des „unbekannten Bekannten“ ein, der alles getan haben soll. Sodann spricht Verteidiger Dr. Cefovska. Er macht die Geschworenen zunächst darauf aufmerksam, daß sie auf der Zulassfrage beschließen können, wenn auch der Gerichtssaal sich dagegen ausgesprochen hat. Er erinnert daran, daß aus der Aussage der beiden Chauffeurs klar hervorgeht, daß zwei Personen das Auto am Autotag fahrend bestiegen haben, daß es also nicht ausgeschlossen sei, daß Surch tatsächlich einen Komplizen gehabt hat, der die Tat verübte, da ja die Batočka erst nach der Mordtat von Surch abgeholt wurde und niemand bis heute wisse, wer diese zweite Person im Auto Surchs war, von der die Chauff-

teure angeben, daß es eine Frau gewesen sei. Er appelliert schließlich an das Gewissen der Geschworenen, daß es recht und billig sei, wenn es verbleibt werden müsse, daß eine Gattin durch einen Mörder zu Witwe gemacht werde, andererseits muß man aber auch bedenken, daß durch eine alte Mutter und eine Schwester habe, der man durch eine Verurteilung Surchs für immer jedes Lebensglück raube. Der Vorsitzende des Gerichtssaals, Bezirksrichter Kratochvil, resumiert dann in einer gewöhnlichen Art alle Momente und erteilt den Geschworenen die üblichen Belehrungen.

Um 1/2 Uhr nachmittags wird das Urteil verlesen. Die Geschworenen haben die Hauptfragen auf Raubmord und Raubmord und den größten Teil der übrigen Fragen einstimmig mit „Ja“ beantwortet. Daher wird der Angeklagte

Wenzel Surch zum Tode durch den Strang verurteilt. Der Angeklagte nahm die Verurteilung des Urteils ruhig entgegen. Der Verteidiger meldete die Nichtrechtsbeschwerde an.

Wollwirtschaft.

Kapitalbildung und Verwendungs.

Von Heinrich Ferner (Kometan).

Die Sozialreform, die der internationale Bürgerkrieg durchzuführen will, hat einschneidende Maßnahmen zum Ziele, dem Bürger zum Verdienen leichter zu machen. Die „Höchstbesteuerung“ der Industriellen, Fabrikanten und sonstigen Leute, die von dem von den Arbeitern geschaffenen Mehrwert leben, soll befristet werden, weil sie volkswirtschaftlich schädlich sei, die „Kapitalbildung“ unterbinde und damit das ganze Wirtschaftsleben hemme. Dadurch seien nicht nur die Unternehmer, sondern auch die Arbeiter geschädigt, denn wo nichts zu verdienen sei, wo der Unternehmer nur „für den Fiskus arbeite“, da werde der Betrieb eingestellt und die Arbeiterlosigkeit arbeitslos. Nicht der Unternehmerprofit solle also durch die Steuerreform geteilt, sondern nur die volkswirtschaftlich notwendige Kapitalbildung ermöglicht werden — so verkündet die Beschlüsse des kapitalistischen Systems in den Industriellerverbänden und Arbeitervereinigungen. Dält aber diese Behauptung einer kritischen Betrachtung stand?

Nicht geleugnet soll werden, daß ein Teil des Fabrikationsgewinnes als Grundlage für die Erneuerung abgenutzter Produktionsmittel und die Erweiterung der Produktion verwendet werden muß. In der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ist dies Aufgabe der Unternehmer, denen deshalb „zur Kapitalbildung“ der Mehrwert zurfließen habe. Ob diese Aufgabe von den Industriellern auch erfüllt wird, können nur Zahlen beweisen. Bisher ist die geplante Steuerreform gar nicht durch statistisches Material gestützt und die Statistik über die finanzielle Gebahrung der Industriellenunternehmen liegt in diesem Staate überhaupt im argen. Das heilige „Geheimnis“ ist da der willkommene Vorwand, um der Öffentlichkeit jede Einsicht in das finanzielle Getriebe der Produktion zu verwehren und erst recht jede Kontrolle unmöglich zu machen. Doch es gibt heute ja neben den Privatfirmen auch Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung, die der öffentlichen Rechnungslegung unterliegen, so daß man immerhin etwas über die Gebahrung dieser Unternehmen erfährt. Das statistische Staatsamt hat auch einen Versuch gemacht, die Daten zusammenzustellen, und im Jahre 1923 ermittelte die Ziffern der Bilanz und Gewinnrechnungen der Aktiengesellschaften für das Jahr 1923 veröffentlicht. Die Ziffern für die Gesellschaften mit beschränkter Haftung vom Jahre 1923 wurden in der deutschen Ausgabe der „Mitteilungen“ des statistischen Staatsamtes leider erst im Februar 1927 mitgeteilt! Hoffentlich erleben wir es noch, daß auch die Ziffern für 1924 und 1925 veröffentlicht werden. Die amtlichen Ziffern

aus dem Jahre 1923, also einem Jahre, in dem die wirtschaftliche Lage nach der Deflation nicht günstig war, lassen nun manche Schlüsse auf die Kapitalbildung in der Tschechoslowakei zu.

So findet man, daß die Aktiengesellschaften im Jahre 1923, soweit sie statistisch erfasst wurden, ein Aktienkapital von 3033 Millionen Kronen hatten und 545 Millionen Kronen Steuern, Gehältern und Abgaben zahlten. Bei den Gesellschaften mit beschränkter Haftung war es nicht viel anders, denn bei einem Stammkapital dieser Gesellschaften von 750 Millionen Kronen mußten 460 Millionen Kronen Steuern und Gebühren bezahlt werden. Die Befolgung durch öffentliche Abgaben betrug also bei den zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Unternehmen 1005 Millionen Kronen, dennoch mehr als 17 Prozent des Aktienkapitals, eine ganz schöne Summe, die es aber nicht unmöglich macht, daß 422 Millionen Reingewinn bei Aktiengesellschaften und 49 Millionen Reingewinn bei den Gesellschaften mit beschränkter Haftung zu verzeichnen waren. Es konnten also trotz einer Milliarde Steuern 471 Millionen Reingewinn erzielt werden. Die Steuern können also die Unternehmer nicht an der Kapitalbildung gehindert haben, wenn der Reingewinn trotz den Steuern noch einer mehr als achtprozentigen Verzinsung des Gesamtkapitals der zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Unternehmen entspricht.

Dagegen findet man die wahre Ursache der Kosten der Industrie, wenn man die von den Unternehmen bezahlten Schuldzinsen betrachtet. Die Aktiengesellschaften hatten im Jahre 1923 nicht weniger als 380 Millionen Schuldzinsen zu bezahlen und auch die Gesellschaften mit beschränkter Haftung mußten für diesen Zweck 98 Millionen aufbringen. Zusammen sind dies 478 Millionen Zinsen für Schulden in einem Jahr, was 82 Prozent des gesamten Aktienkapitals dieser Unternehmen ausmacht. Die Schuldzinsen waren also um 7 Millionen größer als der Reingewinn! Dies ist der wirkliche Grund, warum unsere Industrie mit Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Obwohl die Ermäßigung der Steuern auf jeden Fall zu begrüßen ist, muß doch den Unternehmern gesagt werden, daß sie selbst an der angeblich mangelhaften Kapitalbildung schuld sind, denn wenn sie nicht mit fremdem Geld arbeiten würden, dann könnten sie die Hälfte der Steuererträge, die sie heute für Schuldzinsen ausgeben, erheben. Dabei ist noch besonders zu beachten, daß der Reingewinn der Banken, Sparkassen und anderen Geldinstitute im Jahre 1923 435 Millionen Kronen betrug, also fast gerade so groß ist wie die von den Unternehmungen gezahlten Schuldzinsen. Die Verschuldung der In-

Erstkl. amerik. Qualitätsschreibmaschine

SMITH PREMIER



vereint sämtliche Errungenschaften aller Markenmaschinen und übertragt durch:

- 45 Tasten — 92 Schriftzeichen.
- Leichtesten Anschlag. Geräuschlos Gang.
- Auf mäßige Monatsraten ebenso die beste amerikan. PORTABLE-Maschine für Reise und Privatgebrauch.
- Einfache Umschaltung. — Normale Walze. Vierreihige Tastatur.

L. & G. HALPHEN

PRAG, Mikuláská 22. Telefon 22305.
BRÜNN, Udolní 13. Telefon 4148.

duktie ist also die Quelle des Reingewinnes der Banken. Wäre es da nicht angebracht, wenn die Unternehmer sich aus dieser Umflammerung des Bankkapitals befreien würden?

Auch wird ja gegen diese Forderung sofort eingewendet werden, es sei nicht möglich, auf fremde Geldmittel in der Industrie zu verzichten. Darum ist zu erwidern, daß einzelne Unternehmungen es doch zuwege bringen, nur mit eigenem Kapital zu arbeiten, also das Kunststück nicht unmöglich sein kann. Wer kein Kapital besitzt, hat eben in der kapitalistischen Gesellschaft kein Recht, als Kapitalist aufzutreten und von anderer Leute Arbeit zu leben. Wenn unsere Unternehmer Profit einstellen wollen, sollen sie wenigstens auch das nötige Kapital für die Produktion besitzen. Haben sie das nicht, dann sind sie keine Kapitalisten, sondern nur kapitalistische Hochstapler. Sie, die eine halbe Milliarde für Schuldszinsen verschleudern, haben kein Recht, von der Öffentlichkeit Opfer für die Kapitalbildung zu fordern, die beispielsweise den Gemeinden durch die Umlagerung der Mittel für die Zwecke der sozialen Fürsorge entziehen.

Tschchoslowakisches Papierkartell.

Die Verhandlungen über den Zusammenschluß der tschechoslowakischen Papierindustrie sind, wie das „Prager Tagblatt“ meldet, zum Abschluß gebracht. Es wird ein Verkaufsbüro in Form einer G. m. b. H. mit einem Kapital von einer Million Kö gebildet. Der Verkauf der tschechischen Papierfabriken wird in dem neuen Verkaufsbüro zentralisiert, durch das alle Aufträge gehen und das die Verteilung der Bestellungen auf die einzelnen Firmen nach vereinbarten Quoten vornimmt. Der Kartellvertrag, der bis Ende 1923 abgeschlossen ist, erstreckt sich nicht auf den Export, jedoch ist vorgesehen, später auch den Verkauf an das Ausland zu zentralisieren.

Prager Kurse am 26. Februar.

	Geld	Stück
100 holländische Gulden	1349.50	1933.70
100 Reichsmark	7.8.40	809.40
100 Pfennig	467.75	470.75
100 Schweizer Franken	648.25	61.25
1 Pfund Sterling	163.15	164.55
100 Lire	147.80	148.90
1 Dollar	35.61 1/2	35.91 1/2
100 französische Francs	13.55	133.65
100 Dinar	59.19	59.69
100 Genade	559.52 1/2	602.82 1/2
100 polnische Zloty	374.87 1/2	380.87 1/2
100 Schilling	474.87 1/2	477.87 1/2

Das Werk der Artamonows.

(Schluß.)

Während das neue Industrieproletariat seinen Weg zu einer revolutionären Klasse geht, geht das Bürgerium den seinen zur Herrschaft. Auch das Bürgerium mußte sich erst sein Klassenbewußtsein schaffen. Es wurde, in einer Zeit frühen Aufstiegs der Bourgeoisie, ein Wandbewußtsein. Erst wurden die reichgewordenen Bürger, die jungen Industriellen, Führern in die Stellung des Adels einzubringen; sie kauften die Schlösser der Aristokratie, stopften die alten Häuser mit den feinen Möbeln der Burgen voll, stapelten die Kunstschätze des verarmenden Adels auf. Aber schnell wachte ihr Hochgefühl, und bald forderte sie, daß der Staat die möglichen Stellen mit Beamten ihrer Klasse und ihres Denkens besetze. Das Bürgerium reißt die Gewalt an sich. Anfangs war noch eine Spur sozialer Bewußtseins da gegen jene, die am Aufbau des Werkes halfen. Das ist nun anders. Das Geld, das immer wieder Geld gebären will, hat menschliche Gefühle ausgelöscht. Der Arbeiter ist nicht mehr Helfer am Werk, Weggefährte, er ist Werkzeug, das man wogwagt, wenn es stumps geworden. So spannen sich die Gegensätze immer strenger. Die Revolution 1905 wirft ihre grauen Schatten. Größer und größer wird das Werk der Artamonows, die Fabel, die den Aufstieg des Bürgeriums bedeutet. Aber es richtet an ihrem Wert. Ein Sohn der Artamonows will nicht im Dienst der Familie den Dienst des Geldes tun.

Er will Mensch sein und für den Menschen leben. Verläßt nach erbitterter Auseinandersetzung mit dem Vater die Stadt, und wird Sozialist. Es war zuviel Sünde im Spiel, bei jenem schnellen Aufstieg. Zuviel Gewalt, zuviel Verbrechen. Es muß Sühne getan werden für die Morde, Rache für den, den einer der Artamonows mit eigener Hand begangen. Der ganze Kirchhof ist voll Menschen, die das Werk götten, die das System erdregt hat, ruft der Sohn dem Vater entgegen. Die Arbeiter lernen es fühlen, lernen es begreifen: der da steht unter der Hungerpeitsche, er fällt nicht als einzelnes Opfer eines Einzelnen, er fällt als Opfer eines Systems. Die Kugeln des Systems ahnen kaum, was sich unterirdisch vorbereitet. Sie feiern Orgien auf ihren Märkten und Messen.

Sie toben im Zump und freuen sich daran, sich mit Rot zu beschnitten. Vielleicht ist das Abnung des Untergangs. Vielleicht ist es Angst vor dem Ende, daß sie sich Ermöglichen in das Koster, daß sie in Vorderen sinnlos ihr Geld verlieren. Der Tag der Abrechnung kommt. Das Reich zerfällt. Das Chaos bricht auf, aus dem sich ein neues Leben bilden wird. Wird es anders sein? Gerechter? Bittlicher? In die Art, in der Sühne gefordert wurde für die Sünden, die richtige? Nicht die Rache gerächt, die da vollzogen wurde? Nicht diese Frage ist zu beantworten. Zu zeigen ist, daß diese Rache verdient war, diese Sühne kommen mußte. Daß schon im Aufstieg dieses Bürgeriums sein grauenvoller Untergang vorherbestimmt war. Daß der Zerfall der alten Gesellschaft eine geschichtliche, soziale Notwendigkeit gewesen. Das

nachher kommt, es ist nicht mehr das Werk der Artamonows. Werk der Artamonows war die Industrialisierung, die Uebernahme der Staatsmacht aus den Händen des Adels, Werk der Artamonows war der Mißbrauch der Macht, Schuld der Artamonows der blinde Machtgott, das sinnlose Tauseln von Verbrechen in Verbrechen. Unter diese Epoche mußte ein Strich gemacht werden. Die den Bau der Gesellschaft von gestern und vorgestern auf ihren wunden Schultern getragen, sie haben ihn abgeworfen. Sie haben bekommen, eine andre Gesellschaft aufzubauen. Die aber liegt jenseits des Romans.

Dieses Epos vom Aufstieg und Untergang des russischen Bürgeriums wäre kein russischer Roman, wäre es frei von Gräueltaten und Zweifeln, frei von der Doppeldeutigkeit aller russischen Tat, frei vom zermürbenden Kampf zwischen Seele und Körper, Herz und Fleisch, Geist und Trieb, Scham und Zwang. Die Seele ist eine angenommene Basis, ein angenommenes Kind, heißt es da einmal, und der eine Artamonow, der das Werk erbt und weiterführen soll, ist ein „gekänkter Mensch“, der sich nicht seinen Lebensweg gewählet, der ihn vorgezeichnet bekommen. Alle Tat ist Last, aller Wille ist Muß, alle Entscheidung, ist Zweifel. Was feste Richtung scheint, ist Arren, hinter jeder Kontur grünen fliehende Schatten, hinter jedem Gesicht verbirgt sich ein andres, das andre Jüge trägt. Das soll die Verbrechen des Bürgeriums nicht mindern, nicht entschuldigen. Das soll nur die große Schwere, die menschliche Melancholie über das Geschehen breiten, die die Seele Rußlands ist;

jene Seele, die unempfindlich scheint und verkoren in ihrem jähen Beharren, und an der dann plötzlich und unermutet die Fodeln des Aufstiegs himmelan lodern.

Die Darstellungskunst eines Maxim Gorkij muß nicht von neuem gerühmt werden. Daß er mit unachahmlicher Meisterhaft eine Zeit schildert, die aus den Fugen ist, daß er plastisch und lebendig Menschen gestaltet und große Szenen formt, die den Hauch unmittelbaren, heißen Lebens ausströmen, das ist bei einem Dichter seines Formats selbstverständlich. Geringer sei nur darauf, daß sein großer Roman den fast unermesslichen Kreis des Themas ausschreitet nach allen Richtungen hin, daß das ganze soziale und geistige Leben der Epochen sich im Geschehen des Werkes spiegelt, daß der große Einfluß eines Tolstoj auf die Zeit lebendig wird und jene Erscheinung, die Maxim Gorkij treffend als die „Agonie der Romanik“ bezeichnet. Es gibt in diesem Roman keine malerischen und keine dramatischen Elemente, Schilderung und Kritik sind aufgelöst in Geschehen, das manchmal mit großer Kunst ganz im Sinne einer Komposition komponiert gestaltet wurde: wenn ba die Kriegerbegeisterung aufstößt und der Zug der in nationaler Ueberbegerungsfähigkeit jauchenden Menschen einem Leidenweg begegnet, wird beklemmend sichtbar die Situation eines ganzen Volkes offenbart.

Klara Brauner hat das Buch sorgfältig und flüssig überfetzt; es ist klar gedruckt und gegliedert ausgefallen.
Fritz Rosenfeld (Wien).

